

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Preiner,
Genossinnen und Genossen**

zum Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus betreffend Jahresvorschau 2019 auf Grundlage des Legislativ- und Arbeitsprogrammes der Europäischen Kommission sowie des Achtzehnmonatsprogrammes des Rates (III-258 d.B.), 527 d.B.

betreffend gerechtere Verteilung der EU-Fördermittel und Stärkung der Bio-Landwirtschaft

Der Bericht der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus betreffend Jahresvorschau 2019 spricht die Verhandlungen zu den rechtlichen Grundlagen der nächsten Periode der Gemeinsamen Agrarpolitik 2020+ an. Hier befinden sich die Mitgliedstaaten in einer hohen Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen, denn die Klimaerhitzung, der Verbrauch chemisch-synthetischer Pestizide, Tierwohl und gerechte Fördermittelpolitik stehen in zunehmendem Interesse der Menschen in Österreich, Europa und weltweit.

Künftigen Generationen eine intakte und funktionierende Umwelt zu hinterlassen muss ein zentrales Anliegen der Politik sein. Die Neuausrichtung der Lebensmittelerzeugung ist hierfür eine der entscheidenden Weichenstellungen.

Österreich kann sich hierbei als Vorreiter in der EU eine Leuchtturmfunktion erarbeiten. Daher gilt es gerade jetzt verstärkt auf Ökologie, Qualität und Regionalität zu setzen sowie öffentliche Fördergelder optimal einzusetzen, um den Bestand unserer Betriebe und deren Leistungen für die Gesellschaft dauerhaft abzusichern.

Heimische Biobiolebensmittel sind hierbei eine enorme Chance für Umwelt, Klima und den österreichischen Arbeitsmarkt. Unter allen Landbewirtschaftungsformen ist die biologische Landwirtschaft die umweltschonendste, ist „Bio“ doch mehr als bloß der Verzicht auf Chemie. Ganzheitlich vernetztes Denken und ein möglichst geschlossener Betriebskreislauf mit einer vielfältigen Struktur sind wichtige Grundlagen für eine erfolgreiche biologische Landwirtschaft. Der aus EU-Mitteln geförderte Umstieg in die Maßnahme „Biologische Wirtschaftsweise“ war für LandwirtInnen nur mehr bis Jahresende 2018 möglich. Es ist daher auch auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass eine weitere Förderkulisse für den Neuein- und Umstieg in die Bio-Landwirtschaft geschaffen wird, damit „Bio“ in Österreich nicht ins Stocken gerät.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den

Antrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, wird aufgefordert, eine „Bio-Wende“ im Rahmen der GAP 2020+ - Verhandlungen auf EU-Ebene insbesondere durch folgende Zielsetzungen zu erreichen:

1. eine schrittweise Umstellung des Fördersystems zur verstärkten Unterstützung des Umstieges auf Biolandwirtschaft mit dem mittelfristigen Ziel, über 50 Prozent biologische Landwirtschaft,
2. einen dringend erforderlichen Beitrag der Landwirtschaft gegen die Klimakrise durch die deutliche und nachhaltige Reduktion der chemisch-synthetischen Pestizidverwendung sowie der mineralischen Stickstoffdüngung,
3. eine stärkere Förderung der Regionalität und Direktvermarktung, sowie
4. eine umgehende Schaffung einer weiteren Förderkulisse für den Neueinstieg sowie den Umstieg in die Bio-Landwirtschaft in der jetzigen und in der kommenden GAP-Periode.“



